

(42) Japanische Fotoapparate sollen in Beijing montiert werden

Der japanische Kamerahersteller Canon Inc. hat mit der Beijing Municipal Optical Industry Corp. einen Vertrag unterzeichnet, nach dem Fotoapparate und Mikrofilmsysteme der japanischen Firma in Beijing montiert werden.

Nach Auskünften der japanischen Seite sollen die beiden Fertigprodukte innerhalb Chinas vermarktet werden. Einige der Fotoapparate, bei denen es sich um einen Massenkonsum-Fotoapparat zu niedrigem Preis handelt, werden eventuell nach Japan reimportiert. Nach Canon seien besonders die niedrigen Produktionskosten in China attraktiv. Die Firma hofft, sich mit diesem Schritt eine effektive überseeische Produktionsstätte geschaffen zu haben. Es ist evtl. daran gedacht, bei gutem Fortgang der Zusammenarbeit durch Investitionen seitens des japanischen Partners den gegenwärtigen Verarbeitungsvertrag zu einer Joint-Venture-Gründung weiterzuentwickeln. China verfügt gegenwärtig über Unternehmen zur Herstellung von Fotoapparaten mit einer Jahreskapazität von rund 300.000, wohingegen der Bedarf im Lande nach Fotoapparaten wesentlich höher liegt. Allein im letzten Sommer kauften die Chinesen aus Japan mehr als 300.000 Kameras.

In seiner ersten Stufe wird der Umfang der Zusammenarbeit allerdings relativ bleiben. Ab Anfang 1981, wenn die Fertigungsstätte die Montage aufnehmen wird, sollen im ersten halben Jahr 10.000 Kameras und 30 Mikrofilmsysteme hergestellt werden. Sie können allerdings erst dann auf den Markt gebracht werden, wenn sie die Qualitätskontrollen durch japanische Ingenieure in den chinesischen Werken selber durchlaufen haben. Canon wird die chinesische Firma mit allem benötigten Know-how über den Produktionsprozeß und mit der Montage-Hardware ausstatten (TJEC, Nr.925, 14.10.80).

-ga-

(43) Öl aus Kuwait für China?

Die Volksrepublik China wird möglicherweise 1 Mio.t Rohöl aus Kuwait importieren. Hierum ging es bei Verhandlungen, die der chinesische Außenhandelsminister Li Qiang bei seinem Besuch in Kuwait Anfang Oktober führte. Falls Kuwait dem Ersuchen Chinas nachkommen wird, wird es das erste Mal seit Mitte der siebziger Jahre sein, daß China wieder Öl aus dem Ausland bezieht.

Die beabsichtigten Öleinfuhren spiegeln die chinesischen Schwierigkeiten bei der einheimischen Ölförderung wider. Seit zwei Jahren stagnieren die offiziellen Ölfördermengen der Volksrepublik. Demgegenüber steigt jedoch der heimische Bedarf. China hat sich darüber hinaus verpflichtet, in diesem Jahr 8 Mio.t Öl an Japan zu liefern. Wenn diese Verpflichtung auch

eingehalten wird, so sind jedoch die Verpflichtungen für 1981 (9,5 Mio.t) und 1982 (15 Mio.t) mehr als fraglich (Financial Times, 8.10.80).

-ga-

WIRTSCHAFT

(44) Pro-Kopf-BSP 1979 253 US\$

Zu Beginn dieses Jahres hatte der damalige chinesische Ministerpräsident Deng Xiaoping die Zielgröße für Chinas Wirtschaftswachstum bis zum Jahre 2000 benannt: Ein Bruttosozialprodukt von 1.000 US\$ pro Kopf der chinesischen Bevölkerung. Für westliche Beobachter war unklar geblieben, welche statistische Größe von Deng angesprochen worden war. In einem Korrespondentenartikel der chinesischen Nachrichtenagentur wird jetzt näher auf diese Angabe eingegangen. Er definiert das Bruttosozialprodukt im westlichen Sinne, indem er drei seiner Bestandteile anspricht, nämlich

1. das Nationaleinkommen, d.h. das Nettoprodukt aus Industrie, Landwirtschaft, Bauwirtschaft, Verkehrs- und Transportwesen und dem Handel,
2. den Ersatzfonds, also die Amortisationen,
3. das Nettoeinkommen aus dem Dienstleistungsbereich, also die "nicht materiellen" Bestandteile des Bruttosozialproduktes.

Für 1979 gibt der Artikel das chinesische Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt mit 253 US\$ an. Ebenfalls werden die Pro-Kopf-Bruttosozialprodukte einzelner chinesischer Provinzen und Städte genannt. An der Spitze liegt Shanghai mit "weit über" 1.000 US\$, Beijing und Tianjin liegen knapp unter 1.000 US\$. Die zentralchinesische Provinz Hubei habe 1979 ein Bruttosozialprodukt von 18,4 Mrd.Yuan gehabt; bei einer Bevölkerung von 46 Mio. und dem zugrunde gelegten Kurs US\$ zum Yuan (1 US\$ = 1,55 Yuan) habe danach das Pro-Kopf-BSP der Provinz 258 US\$ betragen. Schlechter sieht es in der Provinz Sichuan aus, dort betrug 1979 das Pro-Kopf-BSP nur 200 US\$, in der nordchinesischen Provinz Heilongjiang jedoch schon 366 US\$.

Das angestrebte 1.000 US\$-Ziel für das Jahr 2000 wird unter folgenden Bedingungen für realistisch gehalten:

1. Das Bruttosozialprodukt muß jährlich um durchschnittlich 7,5% wachsen.
2. Das Bevölkerungswachstum muß auf 1,5 Kinder pro Ehepaar reduziert werden, so daß die Bevölkerung bis zum Jahre 2000 nicht über 1,125 Mrd. wächst.
3. Der Dienstleistungsbereich muß weiter steigen. Nach Angaben des Reporters beträgt dieser gegenwärtig, einschließlich der betraglich in China geringen Abschreibungen, nur 12% bis 13% des Bruttosozialproduktes (BRU, Nr.43 vom 28.10.80).

-ga-

(45) Landeskonferenz über Energieeinsparung

Vom 29. Oktober bis zum 3. November hielten die Staatliche Planungskommission, die Staatliche Wirtschaftskommission und die Staatliche Energiekommission gemeinsam eine Tagung über die Fragen des Energiesparens in Beijing ab. Die Konferenz beschloß, in jedem Jahr des 6. Fünfjahresplans (1981-85) im Durchschnitt 20 Mio.t Steinkohleeinheiten (SKE) einzusparen. 1979 hätte China den Gegenwert von 23,6 Mio.t SKE eingespart. Während die Energieerzeugung im vergangenen Jahr nur um 3,1% angestiegen sei, habe sich die Industrieproduktion um 8,5% erhöht.

Neben der Einsparung von Energie und der Erschließung neuer Energiequellen legte die Konferenz besonderes Gewicht auf technische Innovationen. Es gehe in Zukunft verstärkt darum, Industrieanlagen und Maschinen mit hohen Energieverbrauchswerten ("Kohletiger, öltiger und Elektrizitätstiger") schrittweise außer Dienst zu stellen bzw. zu verbessern. Ab jetzt müßten alle neuen Erzeugnisse den Anforderungen in Bezug auf Energieeinsparung genügen. Auf der Konferenz sagte Yu Qiuli, stellvertretender Ministerpräsident des Staatsrates und Chef der Energiekommission, daß China in diesem Jahr nach Schätzungen den Gegenwert von 614 Mio.t SKE erzeugen wird. In der Zukunft sei es schwierig, die Energieerzeugung zu steigern, vor allen Dingen deshalb, weil die Erzeugung von Kohle und Öl zwischenzeitlich etwas zurückgehen kann (XNA, 3.11.80).

Der Staatsrat gab am 27. Oktober eine Verordnung über das Einsparen von Öl, das er zu einem strategischen Rohstoff erklärte, heraus. In den nächsten Jahren müßten überall dort, wo es möglich ist, Verbrennungsanlagen, die mit Erdöl betrieben werden, auf Kohle umgestellt werden. Für industrielle Brennöfen setze die Bestimmung fest, daß spätestens bis Mai 1985 alle Brenner auf Kohle umgestellt sein müssen.

Ab jetzt sei es ohne Untersuchung und Bewilligung durch die Staatliche Planungskommission keiner lokalen Gliederung oder Einheit erlaubt, ölverbrennende Ausrüstungsgegenstände zu entwerfen, herzustellen oder zu importieren, oder den Umfang und die Menge des Erdölverbrauches ohne Befugnis auszuweiten (XNA, 2.11.80).
-ga-

(46) Industriebetriebe auf dem Lande

In den ländlichen Bereichen Chinas gibt es mehr als 1,48 Millionen Betriebe, die von Kommunen oder Brigaden betrieben werden. (Die Zahlenangaben beziehen sich auf ganz China, ausschließlich Tibet.) Über 90% der chinesischen Volkskommunen und über 80% der Produktionsbrigaden betreiben verschiedene Arten von kleinen Industriebetrieben, darunter Bergbau, Transport, Bau und Dienstleistungsbetriebe. Die Zahl der

Betriebe auf der Ebene der Produktionsgruppen ist sogar noch größer als die oben angegebene Zahl der Kommune- und Brigadebetriebe. In den Kommune- und Brigadebetrieben werden in ganz China rund 30 Mio. Menschen beschäftigt - dies sind 9,4% der gesamten ländlichen Arbeitskräfte.

Die genannten Betriebe konnten im letzten Jahr Gesamteinnahmen von 49,1 Mrd. Yuan verzeichnen - dies entspricht einem Drittel der Gesamteinnahmen der dreistufigen chinesischen Landwirtschaft.

In der ersten Hälfte dieses Jahres verzeichneten die Kommune- und Brigadeindustriebetriebe einen Anstieg ihres Output-Wertes von rund 20% gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 1979. An der Spitze liegen die Provinzen Jiangsu (+ 53,5%), Zhejiang (+ 47%), Henan, Shandong, Sichuan und Hubei (alle über 20%) (XNA, 19.9.80).

-ga-

(47) Wissenschaftler fordern sechs Kernkraftwerke für China

Einhundert chinesische Nuklear- und Energiewissenschaftler und Spezialisten haben die chinesische Regierung davon unterrichtet, daß sie zur Sicherung einer ausreichenden Energieversorgung die Errichtung von sechs Kernkraftwerken in der Million-kW-Klasse in China für nötig halten. Jeweils zwei Werke sollen in der Provinz Guangdong, in Ostchina und in der Provinz Liaoning gebaut werden. Alle drei angegebenen Gebiete leiden unter akuter Energieknappheit. Die Werke könnten im Zeitraum von 1988 bis 1991 fertiggestellt werden.

Dieser Aufruf der chinesischen Wissenschaftler liegt auf der gleichen Linie wie das prinzipielle Übereinkommen, von Frankreich zwei Kernenergiewerke zu kaufen.

Für die Kernkraftwerke in der Provinz Guangdong fassen die chinesischen Behörden ein gemeinsames Unternehmen mit Beteiligungen aus Hongkong ins Auge. 1979 hat die Provinz Guangdong 7,5 Mrd. Yuan an industriellem Outputwert verloren, weil die Energieerzeugung nur 61% der Nachfrage leisten konnte.

Vertreter aus Ostchina und der Provinz Liaoning haben ebenfalls gefordert, daß ihre Regionen ganz dringend Kernkraftwerke benötigen.

Die Wissenschaftler und Spezialisten betonten, daß China schon nukleare Anlagen im Zuge der Entwicklung seiner Kernwaffenenergie herstellt habe (XNA, 3.11.80).

-ga-

(48) Die Probleme mit dem Stahlwerk Baoshan summieren sich

Auf der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses begann eine Diskussion über die Probleme

des in der Nähe von Shanghai gebauten Eisen- und Stahlwerkes Baoshan, die seither nicht wieder abgerissen ist. Delegierte, die sich wohl mit Recht von verantwortlichen Ministern, wie z.B. dem Minister für metallurgische Industrie, Tang Ke, schlecht informiert fühlten, befragten diesen Minister und auch zwei stellvertretende Minister des gleichen Ministeriums.

Auch die jetzt vorliegenden Antworten zeigen sicherlich erst einen Ausschnitt des ganzen Problemkomplexes, der mit dem Baoshan-Stahlwerk verbunden ist. Bis jetzt ergaben sich folgende Erkenntnisse:

Es wurde kein "feasibility study" für das Werk durchgeführt. Erst nach Baubeginn stellte man z.B. fest, daß die Bodenbeschaffenheit nicht ausreichte, um z.B. einen schweren Hochofen zu tragen. Um einen 5.000 m³ Hochofen dennoch fest zu fundieren, seien nach Angaben Beijinger Delegierter 400.000 Pfeiler in den sandigen Boden getrieben worden. Ein Ingenieur des Baoshaner Werkes wies dies jedoch zurück, die Bodenbeschaffenheit für den Komplex sei gut und fest, es gebe lediglich eine sandige Schicht unterhalb der Oberfläche. Man habe auch keinen 5.000 m³ Hochofen, sondern lediglich einen mit 4.000 m³; um ihn aufzustellen, seien 144 Pfeiler in den Boden getrieben worden, und seitdem habe sich der Boden nicht bewegt.

Das Werk wird in Zukunft vermutlich total auf importierte Kohle und importiertes Eisenerz angewiesen sein, da die japanischen Konstrukteure eigene Maßstäbe angelegt haben. Das Erz wird primär aus Australien, aber auch aus fünf anderen Ländern kommen. Als Kohle kann nur 15%ige Hochaschekohle verwendet werden, die vermutlich in China nicht zur Verfügung stehen wird. Der Hafen ist allerdings nicht groß genug, um Schiffe mit mehr als 100.000 t Lade-fähigkeit aufzunehmen, deshalb werden vermutlich kleinere Schiffe zum Entladen der Kohle- und Erzfrachter eingesetzt werden müssen.

Hauptkritikpunkt der Delegierten war jedoch die Furcht davor, durch ausländische Lieferungen einen Teil der Selbständigkeit zu verlieren. Man wolle nicht im größten Stahlwerk, das die Volksrepublik je gebaut habe, primär auf ausländische Zulieferungen angewiesen sein. Durch die Verwendung importierter Eisenerze lägen die Produktionskosten für Roheisen bei 214 Yuan pro Tonne, doppelt so hoch wie bei anderen chinesischen Eisenerzeugern. Ein Delegierter fragte, welche Standortvorteile das Baoshan-Werk hätte, falls es China doch gelänge, Eisenerz aus dem nördlichen Teil des Landes zu verwenden. Welche Vorteile bietet dann der Standort Shanghai, wenn es keine Energieressourcen, keine Rohmaterialien und keine guten Transportbedingungen gebe, warum sollte dann dieses Werk in Shanghai gebaut werden?

Ein weiterer Kritikpunkt war die Unklarheit über die Gesamtkosten des Projektes. Anfänglich war von 20 Mrd. Yuan auf dem Treffen die Rede,

was jedoch schon Nebenprojekte und Infrastrukturprojekte der Anlage einschloß. Inzwischen wurde als Gesamtkosten des Projektes die Summe von 30 Mrd. Yuan veröffentlicht. Viele Delegierte sprachen bei der Kostenentwicklung von einem sich entwickelnden "Faß ohne Boden".

Am 4. September hatte der Metallurgieindustrieminister, Tang Ke, gesagt, daß dem Staat 13 Jahre nach Inbetriebnahme des Werkes alle Investitionsmittel zurückgeflossen seien. In der Berichterstattung der Volkszeitung vom 25. September wird über diese Aussage berichtet, daß sie grundlos und unzuverlässig sei.

Die Delegierten setzten die voraussichtliche Kapazität des Stahlwerkes in Beziehung zu den Kosten des Werkes. Nach Minister Tang Ke müsse China am Ende der 80er Jahre 55 Mio.t Stahl importieren, die 22 Mrd. US\$ kosten würden. Die Errichtung des Stahlwerkes sei nötig, um einen Teil der veranschlagten 55 Mio.t selber erzeugen zu können. Wenn man von einer jährlichen Produktionsleistung des Baoshaner Werkes von 4,2 Mio.t Stahl ausginge, würde das Werk im Laufe der 80er Jahre rund 20 Mio.t Stahl erzeugen. Die Delegierten wollten wissen, wieviel Devisen man für diese Menge dann insgesamt habe aufwenden müssen.

Ganz besonders erregten die Delegierten die Probleme für die Umweltbelastung Shanghais. Schon jetzt seien die Bedingungen dort sehr schlecht. Man habe vor Errichtung des Baoshaner Stahlwerkes jedoch keine Umweltanalyse durchgeführt. Z.B. sei der Ausstoß von Schwefeldioxyd in die Luft sehr hoch, es gebe jedoch nur in zwei Jahreszeiten einen Nordwestwind in Shanghai. Ein Shanghai-er Delegierter bemerkte dazu zynisch, vor dem Bau des Baoshaner Stahlprojektes hätten die Behörden es unterlassen, die notwendigen Untersuchungen der Umweltverschmutzung des Shanghai-er Gebietes vorzunehmen. Schon jetzt umgeben Giftgase, die von der metallurgischen Industrie ausgestoßen werden, die Stadt. Südost- und Nordostwinde gebe es in Shanghai sehr häufig. Wenn ein Südostwind bläst, wird das Schwefeldioxyd, das die Shanghai-er Eisen- und Stahlwerke Nr.1 und 5 ausstoßen, in die Stadt getragen. Bei Nordwestwind wird das Schwefeldioxyd vom Baoshaner Eisen- und Stahlkomplex die Stadt erreichen.

Den Plan, einen Waldgürtel zum Schutze der Stadt vor den Abgasen des Komplexes zu errichten, ist aufgegeben worden. Der Wald müßte auf den jetzt dort vorhandenen großen Gemüsefeldern angelegt werden, die für die Shanghai-er Versorgung unentbehrlich sind. Auch die für das Stahlwerk getätigten Importe gerieten in die Schußlinie der Delegierten. So habe man sechs 300 t-Kräne aus der Bundesrepublik gekauft, die pro Stück rund 1 Mio.\$ gekostet hätten, aber ihre gegenwärtige Nutzungsrate sei nicht besonders hoch. Besondere Kritik zog das Hauptlieferland für das Stahlwerk, Japan, auf sich. In der Volkszeitung vom 7. September 1980 ist die Aussage enthalten, daß es nicht richtig sei,

daß Japan das chinesische Volk mit dem Baoshan-Projekt betrüge.

-ga-

(49) Wieder Fahrrad-Rikschas in Beijing

Fahrrad-Rikschas als Personentransportmittel sind in Beijing am 23. Oktober 1980 wieder eingeführt worden. Die Rikschas gehören dem Arbeitsamt des Bezirks Chongwen, das sich mit dieser Arbeitsbeschaffungsmaßnahme einen Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erhofft (im Bezirk Chongwen gibt es allein über 10.000 arbeitslose Jugendliche). Darüberhinaus soll die Wiedereinführung von Fahrrad-Rikschas zur Verbesserung des Transportwesens in der chinesischen Hauptstadt beitragen. Die Rikschas-Fahrer erhalten einen Lohn von 40 Yuan RMB im Monat und werden - falls das Unternehmen floriert - auch an der öffentlichen Krankenversorgung teilhaben können. Fahrrad-Rikschas eignen sich vor allem für den Personentransport in den engen Gassen der Beijinger Altstadt. Der Fahrpreis beträgt 0,30 Yuan RMB pro km (XNA, 23.10.80).

-sch-

(50) Bummelei am Arbeitsplatz schlimmer als Streiks

Im Verlauf einer der zahlreichen Gruppendiskussionen der Provinzvertretungen auf der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im September 1980 vertrat der Tianjiner Abgeordnete Luo Shuzhang die Auffassung, daß die Bummelei am Arbeitsplatz in den chinesischen Betrieben schlimmer sei als Streiks, wie man sie z.B. im Ausland fände. Außerdem scheine sich höheren Orten niemand um die schlechte Arbeitsmoral in den Unternehmen zu kümmern. Erschreckend sei auch die Verschwendung von Holz und anderen Baumaterialien, obwohl diese doch sehr knapp vorhanden seien (nach SWB, 25.9.80).

-sch-

(51) Provinzkonferenz über Beschäftigungsfragen: Die Hälfte der Arbeitslosen geht in die Kollektivindustrie

Im Juli hielt das Parteikomitee der Provinz Jiangxi eine Konferenz über Beschäftigungsfragen ab. Weiterhin, so wurde auf dieser Konferenz betont, gebe es in der Provinz massive Beschäftigungsprobleme, obwohl man in den letzten drei Jahren 300.000 Arbeitslose neu beschäftigt habe. Gegenwärtig gebe es jedoch weiterhin 360.000 Stellungslose in der Provinz. Der Druck sei zweifach. Zum einen gäbe es die hiergenannte Zahl direkt Arbeitsloser, andererseits seien in vielen Behörden und Abteilungen Stellenüberbesetzungen zu verzeichnen.

Von den 300.000 Arbeitslosen, die in den vergangenen drei Jahren in den Städten und auf dem

Land der Provinz neue Arbeitsplätze gefunden hätten, sei knapp die Hälfte in genossenschaftlichen Einheiten beschäftigt worden. 1980 und in den kommenden zehn Jahren werden vermutlich ebenfalls die Hälfte aller Arbeitslosen in Genossenschaftsbetrieben einen neuen Arbeitsplatz finden. Viele gingen ebenfalls in Privatbetriebe. Man habe die "individuelle Wirtschaft" zwar in der Vergangenheit als Kapitalismus kritisiert, das sei aber ganz falsch gewesen. Zur Frage der Jugendlichen, die in der Vergangenheit zwangsweise aufs Land geschickt worden seien, wurde ausgeführt, daß es gegenwärtig noch rund 40.000 junge Leute gebe, die gern in die Städte zurückkommen möchten. Gegenwärtig sei man damit beschäftigt, 14.000 Jugendliche, die vor 1972 verschickt worden seien, wieder in der Stadt anzusiedeln und ihnen dort Beschäftigungsmöglichkeiten zu geben. Da man hiermit sowieso Probleme habe, müsse man ganz besonders die Zuwanderung vom Land in die Städte kontrollieren. Überflüssige Arbeitskräfte auf dem Lande sollten lokal absorbiert werden und nicht unkontrolliert in die Städte einwandern. Die 220.000 Arbeiter, die gegenwärtig schon überplanmäßig vom Lande in die Stadt gewandert seien, müsse man Schritt für Schritt wieder zurückschicken (Nanchang, Jiangxi, Provinzradio, 14.10.80, zit. nach SWB, 7.11.80).

-ga-

(52) Alle Staatsgüter sollen zu landwirtschaftlichen Kombinatengemacht werden

Alle chinesischen staatlichen Güter sollen systematisch zu kombinierten Agrar-Industrie-Handels (AIH)-Unternehmungen umgeformt werden. Diese Forderung stellte Zhao Fan, stellvertretender Minister für Staatsgüter und Länderschließung, auf einer 10-Tage-Konferenz in Beijing auf. Schon 1978 wurden die ersten Kombinate dieser Art errichtet. Bislang haben sich 698 Staatsgüter in 28 Provinzen und Gebieten zu diesen "AIH-Kombinateng" zusammengeschlossen. Dies entspricht 34% der Gesamtzahl der Staatsgüter, die dem Ministerium unterstellt sind.

Insgesamt hätten sich die AIH-Kombinate als günstig für die Entwicklung der chinesischen Landwirtschaft erwiesen. Sie seien in der Lage, große Investitionssummen zu beschaffen, rationell zu produzieren und latent arbeitslose Bauern in Industrie- und Handelsbetriebe umzu-

-ga-

(53) Chinas Industriebild Daqing muß ebenfalls "linke" Tendenzen korrigieren

Nach der massiven Kritik an dem ehemaligen Vorbild der chinesischen Landwirtschaft, Dazhai, muß nun ebenfalls das frühere Vorbild für Chinas Industrie, Daqing, schwere "linke" Fehler zugeben und korrigieren. Der stellvertretende

Parteisekretär der Stadt Daqing, Wang Sumin, führte folgende "linke" Tendenzen der Arbeit in Daqing auf: In der Produktion habe man das Schwergewicht auf eine allgemeine Begeisterung gelegt und eine wissenschaftliche Herangehensweise vernachlässigt. Große Komplexprojekte wurden geplant, obwohl es an Geldmitteln und Transportmöglichkeiten mangelte. Produktive Investitionen in das Ölfeld wurden überbetont, während öffentliche und Hausbauprojekte vernachlässigt wurden. Die Hauptkritikpunkte gelten der Taktik des "Menschenmeeres" und "Bienenkriegs". Hiermit ist gemeint, daß man auf eine bloße massenhafte Zahl von Arbeitskräften vertraute, dabei aber einen effektiven Einsatz der Menschen vernachlässigte. Man machte von Massenveranstaltungen zur Anfachung der Begeisterung weiten Gebrauch, vernachlässigte aber wissenschaftliche Planungsmethoden (XNA, 23.9.80).
-ga-

(54) Veruntreute Agrarsteuern

Der Staatsrat sah sich veranlaßt, über die Verwendung der Senkung bzw. des Erlasses der Agrarsteuern aus dem Jahre 1979 neue Bestimmungen zu erlassen. Kern dieser Bestimmungen ist, daß alle Agrarsteuererleichterungen, die vom Staatsrat 1979 gebilligt wurden, auch wirklich den armen Kommunen und Brigaden, für welche die Erlasse bestimmt waren, zukommen. Es ist jeder Abteilung, jeder Einheit oder jedem Individuum verboten, diese Steuervergünstigungen für sich zu behalten.

Die Steuererleichterungen für Teile der chinesischen Landwirtschaft hatten im letzten Jahr rund 133 Millionen Bauern im Schnitt 4 Yuan pro Person zukommen lassen.

In dem jetzt vorgelegten Bericht des Finanzministeriums wird jedoch festgehalten, daß "einzelne Gebiete" die Steuererleichterungen falsch verwendet haben. Einige leiteten die Steuererleichterungen unterschiedslos an alle ihnen untergebenen Agrareinheiten weiter, ohne in Wohlhabende und Arme zu unterscheiden. Einige Untergliederungen behielten auch die Steuererleichterungen für sich selber, ohne sie überhaupt an die Agrareinheiten weiterzuleiten. In Zukunft soll es so sein, daß alle Kommunen und Brigaden, die unter die Steuererhebungsgrenze fallen, für drei laufende Jahre ab 1980 keine Steuern zahlen müssen (XNA, 5.9.80).

In der Provinz Liaoning werden z.B. alle Produktionsgruppen, deren Pro-Kopf-Einkommen jährlich unter 50 Yuan liegt, von der Entrichtung der Agrarsteuer befreit. Gruppen mit einem Pro-Kopf-Einkommen zwischen 50 und 55 Yuan zahlen 70% der Agrarsteuern, und jene mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 55 bis 60 Yuan zahlen nur 50% der Agrarsteuern (Shenyang, Liaoning, Provinzradio, 4.11.80, zit. nach SWB, 8.11.80).

-ga-

(55) Gelockerte Preise für Agrarerzeugnisse in Guangdong

Am 2. November erließ die Volksregierung der Provinz Guangdong provisorische Bestimmungen über einige Fragen des Kaufs und Verkaufs von Agrar- und Nebenerzeugnissen zu "ausgehandelten Preisen". Danach ist der Handel mit Agrarerzeugnissen nur für Erzeugnisse der dritten Kategorie und der Überplannmengen der Kategorien 1 und 2 erlaubt. Produkte der dritten Kategorie, die eng mit dem Lebensstandard des Volkes verbunden seien, die hauptsächlich für Exportzwecke hergestellt werden und die industrielle Rohmaterialien sind, müssen ihre Preise bzw. Schwankungsbreiten der Preise von den Preiskontrollabteilungen bestätigt lassen.

Nach den Bestimmungen lautet das Prinzip der Preisfestsetzung, daß der Gewinn klein und das Handelsvolumen groß sein soll und daß im allgemeinen ein Gewinn erzielt werden soll. In der Jahresschlußabrechnung sollen die Gesamtgewinne aus dem Handel mit Agrarerzeugnissen zu nicht-festen Preisen nicht mehr als 5% betragen, der Überschuß hierüber darf nicht für Prämienzahlungen verwendet werden.

Um die Handelstätigkeit zu beschleunigen, dürfen Großhandel und Einzelhandelsgeschäfte direkt bei den Produzenten kaufen, diese dürfen nach Erfüllung ihrer Quoten ebenfalls direkt ihre Erzeugnisse auf den Märkten anbieten.
-ga-

(56) Steuersenkungen für Genossenschafts- und Privatbetriebe

Die Volksrepublik China wird die Steuerung des Einkommens von Genossenschaftsbetrieben und Privatbetrieben senken; dies gab das Finanzministerium in Beijing bekannt. Es soll als vorläufige Maßnahme bis zur endgültigen Verabschiedung eines Einkommen- bzw. Körperschaftssteuergesetzes gelten.

Ein genossenschaftlicher Betrieb mit einem Jahresgewinn von 30.000 Yuan soll in Zukunft 11.206 Yuan (das entspricht 37,35%) Steuern bezahlen, im Gegensatz zu 15.742 Yuan (52,44%) bisher.

Ein Privatbetrieb mit einem Jahresgewinn von 1.500 Yuan wird in Zukunft nur noch 280 Yuan Einkommensteuer bezahlen - im Gegensatz zu 476 Yuan bisher (XNA, 12.1080).

Vom 1. Oktober 1980 an werden genossenschaftseigene Geschäfte unter die progressive achtstufige Überplaneinkommensteuer fallen, im Gegensatz zu der neunstufigen progressiven Überplanrate bisher. Für kleine, von Einzelpersonen betriebene Geschäfte wird die bisher angewendete vierzehnstufige progressive Gesamteinkommensteuer entfallen. Diese Privatbetriebe sollen in Zukunft durch die Provinz- oder Kreisebene besteuert werden. Die Besteuerung

soll sich an der achtstufigen progressiven Überplaneinkommensteuer der genossenschaftlichen Handwerksbetriebe, unter Berücksichtigung der lokalen Bedingungen, orientieren (XNA, 11.10.80).

-ga-

(57) Hohe Körperschaftssteuersätze für Reformunternehmen

Die Körperschaftssteuersätze für die Sichuaner Reformbetriebe liegen zwischen 65% und 48%. Ein Betrieb mit einem jährlichen Gesamtgewinn bis zu 50.000 Yuan zahlt die niedrigste Rate, d.h. also 65%, und ein Betrieb mit einem Jahresgewinn von mehr als 500.000 Yuan zahlt eine Körperschaftssteuer von 84%. Die elf Handelsbetriebe in der Provinz werden mit 20% auf ihre jährlichen Einnahmen besteuert.

Die hier angesprochenen Reformbetriebe sind für ihre Gewinne und Verluste selbst verantwortlich. Sie müssen - im Gegensatz zu den Reformbetrieben älteren Typs - ihre Gewinne nicht mehr generell an den Staat abführen, sondern die staatliche Gewinnentnahme geschieht auf Basis von Steuereinnahmen. Um den Betrieben aber dennoch nicht zuviel finanziellen Spielraum zu belassen, liegen die Umsatzsteuersätze, wie oben beschrieben, entsprechend hoch (XNA, 18.9.80).

-ga-

(58) Kohl in Beijing zur Wintergemüseversorgung

Im Oktober gab es in den Gemüsegeschäften Beijings viel Kohl zur Wintereinlagerung zu kaufen. Große Berge dieses begehrten Gemüses in Nordchina lagen sogar auf den Bürgersteigen. Gruppen von Käufern organisierten Dreirad-Fahrer mit Ladeflächen, um die Kohlmengen nach Hause zu transportieren. Die chinesische Nachrichtenagentur berichtet stolz über den lebhaften Handel in diesem Jahr - ganz im Gegensatz zum letzten Jahr, als durch frühen Frost 50.000 t Kohl vernichtet wurden. 1979 war nämlich den Erzeugern vorgeschrieben worden, das Schneiden des Kohls hinauszuschieben, bis die einzelnen Stücke größer geworden seien. Früher Frost vernichtete jedoch auf den Straßen oder auf dem Feld diese riesige Menge.

Im vergangenen Jahr verursachte dieser Verlust einen "Aufschrei" der Delegierten zu dem Städtischen Volkskongreß. In diesem Jahr dürfen die Erzeuger selbst entscheiden, wann der Kohl geschnitten werden soll. Um sicherzustellen, daß der Kohl schnell die Endverbraucher erreicht, hat die Stadtverwaltung eine Beschränkung aus dem letzten Jahr aufgehoben. Diese hatte die Menge von erstklassigem Kohl festgelegt, die ein einzelner kaufen durfte. In diesem Jahr dürfen Fabriken, Schulen und Regierungskantinen direkt von den Erzeugern kaufen

und müssen nicht mehr bei den städtischen Märkten kaufen (XNA, 5.11.80).

-ga-

(59) Lebhaftes Interesse für Eigenheime bzw. für Eigentumswohnungen

Seit dem letzten Jahr ist es für die Stadtbewohner in China möglich, Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen käuflich zu erwerben. Seit der Zeit hat sich eine wachsende Nachfrage eingestellt. Am häufigsten werden Häuser bzw. Wohnungen in Shanghai, Beijing und in der Provinz Sichuan nachgefragt.

In Shenyang (Provinz Liaoning) im Nordosten Chinas ließen sich innerhalb von zehn Tagen nach der Ankündigung der Stadt, daß Häuser zum Verkauf bereitstünden, 139 Familien als Kaufinteressenten registrieren. Insgesamt meldeten sich am ersten Tag des Verkaufsangebotes durch die Stadt 600 Personen, die am Kauf einer Wohnung interessiert waren und die über genügend Geld dafür verfügten.

Der Kauf ist sowohl mit Barzahlung als auch auf Raten möglich. Hausbaudarlehen müssen maximal innerhalb von 15 Jahren zurückgezahlt werden, die Zinsen liegen bei 1 bis 2%.

In der ostchinesischen Küstenstadt Fuzhou wurden seit dem letzten September 1.500 Wohnungen durch Eigenbau selbst errichtet. Der Staat stellte hierfür Darlehen zur Verfügung. Die gesamte Wohnfläche der Häuser beträgt 87.000 qm - dieses entspricht der Wohnfläche, die von der Stadt jährlich erstellt wird.

Um Grundstückspreise stabil zu halten, geht der Staat dazu über, Festpreise für Wohngrundstücke zu erlassen. In Xian, im Nordwesten Chinas, beträgt dieser z.B. 100 Yuan pro qm.

Trotz dieser Anstrengungen bleibt der private Wohnungsbau weiterhin ein großes Problem Chinas. Immer leben noch 35% der städtischen Bevölkerung in viel zu überfüllten Wohnungen. In diesem Jahr will der Staat für 4 Mio. Familien Wohnungen errichten, mehr als im Jahre 1979 (XNA, 26.9.80).

-ga-

TAIWAN

(60) Im Monat September wieder Exportüberschüsse

Nach einer sechs Monate andauernden negativen Bilanz seit März dieses Jahres verzeichnete der Außenhandel Taiwans im September wieder einen Exportüberschuß von über 260 Mio.US\$. Das Leistungsdefizit betrug in den ersten acht Monaten insgesamt 423 Mio.US\$. Somit hat die